



Rechnung 1999

Einladung
zur Gemeindeversammlung
vom Montag, 19. Juni 2000
20 Uhr, im Saal Dorfmat

- Risch
- Rotkreuz
- Buonas
- Holzhäusern

Parteierversammlungen

Christlichdemokratische Volkspartei CVP Risch-Rotkreuz:
Mittwoch, 14. Juni 2000, 20 Uhr, Restaurant Kreuz

Freisinnig-Demokratische Partei FDP Risch:
Dienstag, 6. Juni 2000, 20 Uhr, Restaurant Bauernhof

Politische Arbeitsgruppe Gleis 3 Risch:
Mittwoch, 7. Juni 2000, 19.30 Uhr, Verenasaal, Zentrum Dorfmat

Schweizerische Volkspartei SVP Sektion Risch-Rotkreuz:
Donnerstag, 8. Juni 2000, 20 Uhr, Restaurant Breitfeld

Detailkonti

Sie erhalten die Verwaltungsrechnung 1999 in gekürzter Fassung mit Begründungen zu den wichtigsten Abweichungen. Die Detailkonti zur Verwaltungsrechnung stellen wir Ihnen gerne zu. Bitte verlangen Sie diese bei der Finanzabteilung unter Telefonnummer 798 18 42.

Traktandum

1

Seite 4 Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeinder-
versammlung vom 7. Dezember 1999

2

Seite 6 Rechnung 1999
- Bericht und Antrag des Gemeinderates
- Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission

3

Seite 24 Kreditbegehren für die Projektierung des Neubaus
für die Musikschule und Bibliothek

4

Seite 32 Kreditbegehren für ein Entwicklungskonzept des
Industriegebietes Rotkreuz

5

Seite 36 Grundsatzentscheid über die Verlängerung der Seeufer-
promenade oder die Erneuerung und Erweiterung des
Strandbades Buonas



Was Gemeindefinanzen mit Musik zu tun haben

Liebe Rischerinnen, liebe Rischer

Der Gemeinderat Risch lädt Sie herzlich zur kommenden Gemeindeversammlung am 19. Juni 2000 ein. Behandelt werden verschiedene Themen, darunter auch die Gemeindefinanzrechnung 1999. Unter dem Begriff „Jahresrechnung“ stellen sich viele eine eher trockene Zahlenschieberei vor. Kosten und Erträge werden einander gegenüber gestellt und mit den veranschlagten Budgetzahlen verglichen. Der Spielraum für Interpretationen ist klein, denn schliesslich ist im Umgang mit Zahlen Korrektheit gefragt.

Die Gemeindefinanzen sind jedoch keineswegs eine so trockene und statische Angelegenheit. Gerade in einer stetig wachsenden Gemeinde wie Risch befinden sie sich ständig in Bewegung und erfordern einiges an Flexibilität. Mit etwas Phantasie lassen sich Zahlen mit den Noten einer Partitur vergleichen. Sie können nicht einzeln beurteilt werden, sondern nur zusammen als ganzes „Musikstück“. Denn wie in der Musik ist auch im Finanzwesen oberstes Gebot, harmonische und ausgewogene „Klänge“ zu erzeugen. Dafür braucht es vor allem fröhliche Dur-Töne. Doch manchmal sorgt erst der Kontrast in Moll für die nötige Spannung. Natürlich können auch gelegentliche Misstöne oder Disharmonien vorkommen, die darauf folgenden Klänge ertönen danach dafür wieder umso klarer.

Auf den folgenden Seiten finden Sie neben vielen weiteren Informationen auch die Jahresrechnung als Vorbereitung für die Gemeindeversammlung. Nehmen Sie sich doch einmal etwas Zeit, um den Klängen der diesjährigen Partitur zu „lauschen“. Wir sind gespannt, wie die „Zahlenmusik“ in Ihren Ohren klingt und freuen uns auf Ihre Teilnahme an der nächsten Gemeindeversammlung.

GEMEINDERAT RISCH

Anton Wismer

Vorsteher Präsidial- und Finanzabteilung

Maria Wyss

Vorsteherin Schulabteilung

Ulrich Amsler

Vorsteher Sozialabteilung

Albert Dönni

Vorsteher Umwelt- und Sicherheitsabteilung

Kurt Müller

Vorsteher Bauabteilung

Traktandum 1

An der Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 1999 haben 383 Stimmberechtigte teilgenommen. Folgende Traktanden sind behandelt worden:

1. Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 7. Juni 1999 wird mit grossem Mehr genehmigt.
2. Der Voranschlag 2000 wird mit grossem Mehr genehmigt.
3. Der Finanzplan 2000 bis 2004 wird zur Kenntnis genommen.
4. Der Verkauf von Industrieland an die Firma AIRVENT AG wird mit grossem Mehr genehmigt.
5. Das Kreditbegehren für die Sanierung des Lindenplatzes wird mit grossem Mehr genehmigt.
6. Das Kreditbegehren für die Ausbauarbeiten beim Schulhaus Holzhäusern wird mit grossem Mehr genehmigt.
7. Das Kreditbegehren für die Garderoben- und Lehrerzimmererweiterung beim Kindergarten Binzmühle wird mit grossem Mehr genehmigt.
8. Die Miete der Liegenschaft Langmattstrasse 6 für die Spielgruppe wird mit grossem Mehr genehmigt. Im Weiteren wird die Einführung des 2-Jahres-Kindergartens mit grossem Mehr genehmigt.
9. Der Beitrag von Fr. 200'000.00 an die Kosten des Erweiterungsbaus des Alterszentrums Dreilinden, Rotkreuz, wird mit grossem Mehr genehmigt.
10. Die kleine Änderung der Bauordnung Risch betreffend Aufhebung der oberen Parkplatzzahlbegrenzung wird mit grossem Mehr genehmigt.
11. Der Ortsbusbetrieb 41 Küntwil wird mit grossem Mehr unverändert weitergeführt.
12. Die Motion SVP Risch-Rotkreuz betreffend Zustellung von Bericht und Antrag vor der Gemeindeversammlung wird mit grossem Mehr nicht erheblich erklärt.
13. Die Orientierung betreffend Strandbad und Seeuferpromenade Buonas wird zur Kenntnis genommen.

Taktandum 2

Protokollauflage

Das ausführliche Protokoll liegt ab Freitag, 9. Juni 2000, Zentrum Dorfmat, 2. Stock, während den Bürozeiten der Gemeindeverwaltung für die Stimmberechtigten zur Einsichtnahme auf.

Der Gemeinderat stellt der Gemeindeversammlung daher folgenden Antrag:

Es sei

das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 7. Dezember 1999 zu genehmigen.

Rotkreuz, 8. Mai 2000

GEMEINDERAT RISCH

Anton Wismer, Gemeindepräsident
Peter Trachsel, Gemeindeschreiber

Traktandum 2

Der Gemeinderat unterbreitet den Rechnungsabschluss für das Jahr 1999. Dieser schliesst mit Fr. 31 737 261.69 Aufwand und Fr. 33 062 766.05 Ertrag ab. Im Aufwand ist der Fehlbetrag von Fr. 766 267.14 aus dem Rechnungsjahr 1998 enthalten. Es resultiert somit für das Rechnungsjahr 1999 ein Überschuss von Fr. 1 325 504.36 und ohne die Verlustverrechnung aus 1998 ein Überschuss von Fr. 2 091 771.50. Nachdem der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1999 ein Aufwandüberschuss von Fr. 309 090.-- vorsah, schliesst die Jahresrechnung 1999 somit um Fr. 2 400 861.50 besser ab als budgetiert.

Der Aufwand übersteigt das Budget um Fr. 0.37 Mio. (+ 1.22 %) und der Ertrag um Fr. 2.77 Mio. (+ 9.15 %), wobei die Verlustverrechnung aus 1998 nicht berücksichtigt wird. Die Begründungen zu den wichtigsten Abweichungen der Laufenden Rechnung gegenüber dem Budget 1999 sind bei den jeweiligen Abteilungen ausgewiesen.

Die Investitionsrechnung schliesst mit Ausgaben von Fr. 4 077 273.37 und Einnahmen von Fr. 585 345.25 ab. Budgetiert waren Investitionen von total Fr. 5 570 000.--. Die Nettoinvestitionen von Fr. 3 491 928.12 konnten ohne zusätzliche Fremdverschuldung aus eigenen Mittel realisiert werden. Der Stand der Fremddarlehen beträgt per 31. Dezember 1999 unverändert Fr. 33 Mio.

Die reine Verschuldung per 31. Dezember 1999 beläuft sich auf Fr. 20.91 Mio., oder pro Einwohner Fr. 2 937.40. Im Vorjahr betrug diese Fr. 3 291.57.

Der Gemeinderat stellt der Gemeindeversammlung daher folgende Anträge:

Es seien

1. Die Verwaltungsrechnung 1999, die Investitionsrechnung 1999 sowie die Bestandesrechnung per 31. Dezember 1999 zu genehmigen.
2. Der Ertragsüberschuss von Fr. 1 325 504.36 auf die neue Rechnung vorzutragen, wobei Fr. 1 000 000.-- den freien Reserven zuzuweisen und Fr. 325 504.36 als Sonderabschreibung auf dem Verwaltungsvermögen im Jahre 2000 zu verwenden sind.

Rotkreuz, 10. April 2000

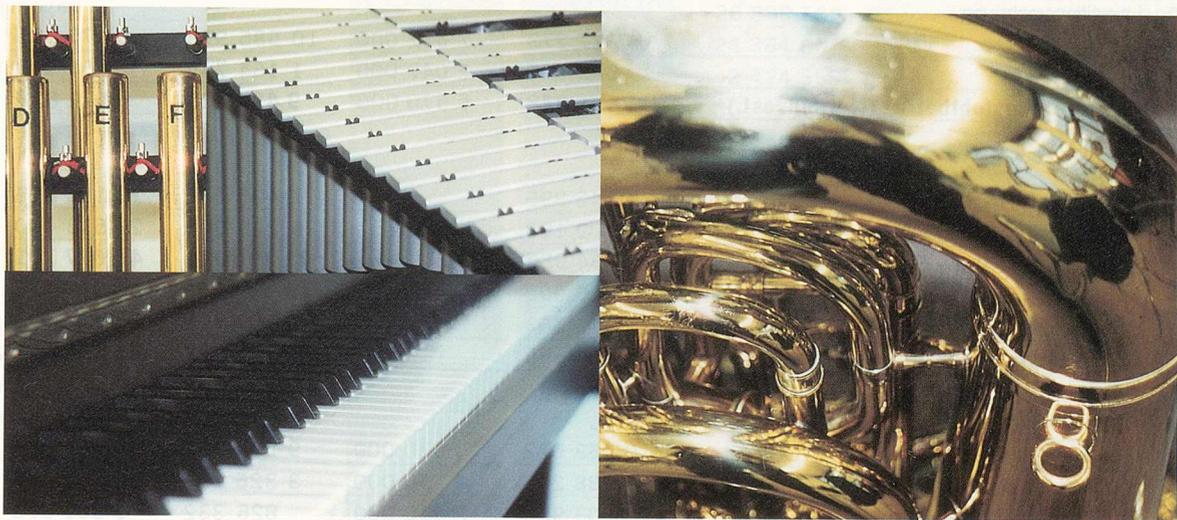
GEMEINDERAT RISCH
Anton Wismer, Gemeindepräsident
Peter Trachsel, Gemeindeschreiber

Details

Rechnung 1999

Hauptkategorie der Gemeinde: Musik und Musikinstrumente

Rechnung 1999	Rechnung 1997	Rechnung 1998	Budget 1999	Rechnung 1999	Rechnung 1999
30.000.000	29.700.000	30.200.000	30.200.000	30.000.000	30.000.000
1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000
4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000
5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000
7.000.000	7.000.000	7.000.000	7.000.000	7.000.000	7.000.000
8.000.000	8.000.000	8.000.000	8.000.000	8.000.000	8.000.000
9.000.000	9.000.000	9.000.000	9.000.000	9.000.000	9.000.000
10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000
11.000.000	11.000.000	11.000.000	11.000.000	11.000.000	11.000.000
12.000.000	12.000.000	12.000.000	12.000.000	12.000.000	12.000.000
13.000.000	13.000.000	13.000.000	13.000.000	13.000.000	13.000.000
14.000.000	14.000.000	14.000.000	14.000.000	14.000.000	14.000.000
15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000
16.000.000	16.000.000	16.000.000	16.000.000	16.000.000	16.000.000
17.000.000	17.000.000	17.000.000	17.000.000	17.000.000	17.000.000
18.000.000	18.000.000	18.000.000	18.000.000	18.000.000	18.000.000
19.000.000	19.000.000	19.000.000	19.000.000	19.000.000	19.000.000
20.000.000	20.000.000	20.000.000	20.000.000	20.000.000	20.000.000
21.000.000	21.000.000	21.000.000	21.000.000	21.000.000	21.000.000
22.000.000	22.000.000	22.000.000	22.000.000	22.000.000	22.000.000
23.000.000	23.000.000	23.000.000	23.000.000	23.000.000	23.000.000
24.000.000	24.000.000	24.000.000	24.000.000	24.000.000	24.000.000
25.000.000	25.000.000	25.000.000	25.000.000	25.000.000	25.000.000
26.000.000	26.000.000	26.000.000	26.000.000	26.000.000	26.000.000
27.000.000	27.000.000	27.000.000	27.000.000	27.000.000	27.000.000
28.000.000	28.000.000	28.000.000	28.000.000	28.000.000	28.000.000
29.000.000	29.000.000	29.000.000	29.000.000	29.000.000	29.000.000
30.000.000	30.000.000	30.000.000	30.000.000	30.000.000	30.000.000



Rechnung 1999
Hauptzahlen der Gemeinde Risch

Traktandum 2

	Rechnung 1999	Budget 1999	Rechnung 1998	Rechnung 1997	Rechnung 1996
1. Laufende Rechnung					
Ertrag	33 062 766	30 291 050	29 787 031	30 557 501	30 469 450
Aufwand	31 737 262	30 600 140	30 553 299	29 839 578	27 753 335
Ertragsüberschuss (-Fehlbetrag)	1 325 504	- 309 090	-766 267	717 923	2 716 115
Cash Flow	5 069 540	2 931 000	2 156 038	3 775 636	5 578 426
2. Investitionsrechnung					
Ausgaben	4 077 273	7 617 000	10 586 973	6 977 331	8 783 560
Einnahmen	585 345	2 047 000	1 164 745	1 455 503	230 773
Finanzierungsfehlbetrag (Nettoinvest.)	3 491 928	5 570 000	9 422 228	5 521 828	8 552 787
3. Bilanz					
Finanzvermögen	19 145 395	-	17 496 032	19 164 701	20 416 311
Verwaltungsvermögen	26 809 160	-	26 295 000	27 513 000	25 765 000
Bilanzsumme Aktiven	45 954 555	-	43 791 032	46 677 701	46 181 311
Fremdkapital	40 110 992	-	40 039 241	45 959 778	43 465 196
Eigenkapital	5 843 563	-	3 751 791	717 923	2 716 115
Bilanzsumme Passiven	45 954 555	-	43 791 032	46 677 701	46 181 311
4. Steuererträge					
Steuern natürliche Personen (NP)	10 563 572	10 570 000	9 594 324	9 610 096	9 798 482
Steuern juristische Personen (JP)	3 388 205	4 590 000	3 326 757	4 202 175	4 043 900
Grundstückgewinnsteuern	2 803 950	2 400 000	826 332	1 061 218	2 231 659
Übrige Steuereinnahmen	252 198	258 000	245 600	264 225	200 979
Total Steuerertrag	17 007 925	17 818 000	13 993 013	15 137 714	16 275 017
Anteil am kantonalen Finanzausgleich	4 670 764	2 300 000	3 328 567	2 221 421	2 141 708
5. Kennziffern					
5.1 Steuerfuss	75 %	75 %	75 %	77 %	82 %
5.2 Selbstfinanzierungskraft	16 %	10 %	8 %	14 %	20 %
5.3 Selbstfinanzierungsgrad	145 %	52 %	23 %	68 %	65 %
5.4 Investitionsquote	12 %	20 %	35 %	30 %	36 %
5.5 Eigenkapitalquote	10 %	-%	9 %	2 %	7 %
5.6 Steuerertrag NP pro Einwohner	Fr. 1 484	Fr. 1 554	Fr. 1 404	Fr. 1 424	Fr. 1 555
6. Anzahl Arbeitnehmer					
Verwaltungsangestellte, Lehrlinge	27.80	26.05	23.15	24.20	20.00
Betriebspersonal, Hauswarte	12.22	13.22	12.22	11.00	11.32
Lehrpersonen	71.41	68.24	67.09	62.38	60.66
Musikschule	7.87	7.40	7.36	7.36	7.04
Total	119.30	114.91	109.82	104.94	99.02
7. Wohnbevölkerung					
Natürliche Personen	7 119	6 800	6 832	6 559	6 303
8. Index					
Konsumentenpreise (100 = 1982)	146.2	-	143.8	144.0	143.4
Zürcher Baukosten (100 = 1982)	122.2	-	120.7	121.0	122.7

AKTIVEN
Finanzvermögen
Flüssige Mittel
Guthaben
Anlagen
Verwaltungsvermögen
Sachgüter
Darlehen

PASSIVE
Fremdkapital
Laufende Verbindlichkeiten
Langfristige Verbindlichkeiten
Rückstellungen
Transitkonten
Eigenkapital

Begründung
Bezeichnung
Flüssige Mittel
Guthaben
Anlagen
Sachgüter
Darlehen und
Laufende Verbindlichkeiten
Langfristige Verbindlichkeiten
Eigenkapital

Rechnung 1999
Bestandesrechnung per 31. Dezember 1999

	Bilanz per 31. Dezember 1999	Bilanz per 31. Dezember 1998
AKTIVEN	45 954 555	43 791 032
Finanzvermögen	19 145 395	17 496 032
Flüssige Mittel	5 560 454	875 338
Guthaben	4 701 205	7 496 252
Anlagen	8 883 736	9 124 442
Verwaltungsvermögen	26 809 160	26 295 000
Sachgüter	24 384 601	23 602 167
Darlehen und Beteiligungen	2 424 559	2 692 833
PASSIVEN	45 954 555	43 791 032
Fremdkapital	40 110 992	40 039 241
Laufende Verpflichtungen	6 070 844	6 365 191
Langfristige Schulden	33 000 000	33 000 000
Rückstellungen	54 225	55 225
Transitorische Passiven	985 923	618 825
Eigenkapital	5 843 563	3 751 791

Begründungen zur Bilanz

Bezeichnung	Begründungen
82 % Flüssige Mittel	Zunahme des Geldbestandes hauptsächlich durch die Schlusszahlung des Beitrages vom kantonalen Finanzausgleich
20 % Guthaben	Abnahme der Debitorenforderungen und keine pendente Festgeldanlagen per Ende Jahr
65 % Anlagen	Besteht hauptsächlich aus div. Liegenschaften (Waldeten 3,60 Mio., Forren Fr. 1,59 Mio.) und aus Darlehen an die Stiftung Rischer Liegenschaften sowie Alterszentrum Dreilinden (Fr. 2 Mio. und Fr. 0,85 Mio.)
36 % Sachgüter	Beinhaltet Grundstücke sowie gemeindliche Bauten im Verwaltungsvermögen. Veränderung durch vorgeschriebene Abschreibung von 10 % und Zuwachs durch Übertragung aus der Investitionsrechnung
7 % Darlehen und Beteiligungen	Grösster Einzelposten betrifft das Darlehen an die Stiftung Alterszentrum Dreilinden (Fr. 2,19 Mio.). Diese Positionen im Verwaltungsvermögen werden mit 10 % abgeschrieben
Fr. 1 555 Laufende Verpflichtungen	Setzt sich hauptsächlich aus Kreditorenrechnungen (Fr. 2,39 Mio.) und aus Depotgelder für die Grundstückgewinnsteuern (Fr. 3,61 Mio.) zusammen
20.00 Langfristige Schulden	Unverändert hohe Fremdfinanzierung bei den Banken
11.32 Eigenkapital	Beinhaltet in früheren Jahren gebildete Reserven
60.66	
7.04	
99.02	

Rechnung 1999
Mittelflussrechnung als Bewegungsrechnung

	Mittelherkunft	Mittelverwendung
Innenfinanzierung	5 068 540	
Ertragsüberschuss	1 325 504	
Abschreibungen	3 744 036	
Reserve/Rückstellungen	-1 000	
Aussenfinanzierung	0	
Aufnahme langfristiger Darlehen	0	
Investierung		3 491 928
Tiefbau		821 477
Hochbau		2 688 800
Landschafts- und Umweltschutz		-18 345
Diverse		0
Investitionsbeiträge		0
Zivilschutzbauten		0
Definanzierung		0
Rückzahlung langfristiger Darlehen		0
Abnahme Nettoumlaufvermögen	3 502 690	
Abnahme Debitoren	795 047	
Zunahme Depotgelder (GGSt, übrige)	99 840	
Abnahme Festgelder	2 000 000	
Abnahme Anlagen	240 706	
Zunahme TP	367 097	
Zunahme Nettoumlaufvermögen		5 079 302
Zunahme Flüssige Mittel		4 685 116
Abnahme Kreditoren		394 187
Total Mittelherkunft	8 571 230	
Total Mittelverwendung		8 571 230

	Rechnung 1998	Veränderung	Rechnung 1999
Liquiditätsnachweis			
Flüssige Mittel	875 338	4 685 116	5 560 454
Guthaben	5 496 252	795 047	4 701 205
Anlagen/Festgelder/TA	11 124 442	2 240 706	8 883 736
Umlaufvermögen	17 496 032	1 649 363	19 145 395
Kreditoren/Depotgeld GGSt/TP	6 984 016	72 751	7 056 767
Nettoumlaufvermögen (NUV)	10 512 016	1 576 612	12 088 628

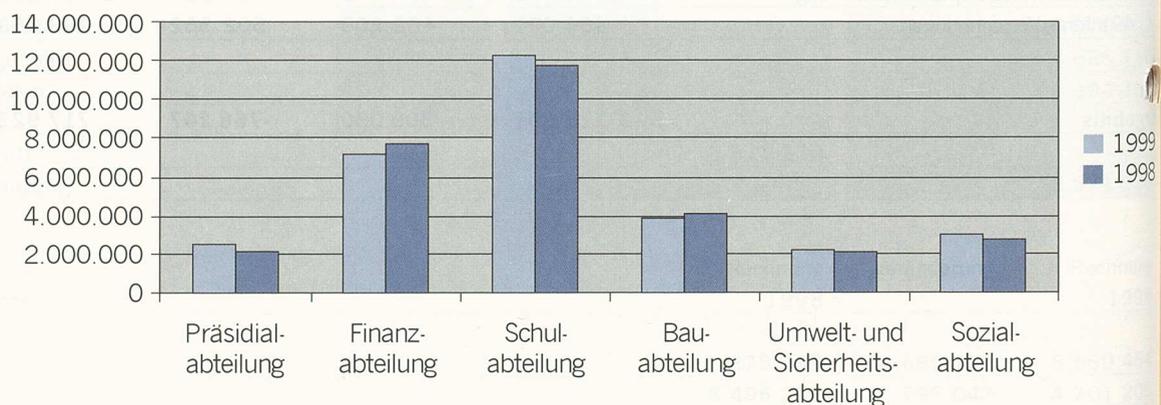
Rechnung 1999
 Laufende Rechnung nach Kostenarten

	Rechnung 1999	Budget 1999	Rechnung 1998	Rechnung 1997	Rechnung 1996
Aufwand	31 737 262	30 600 140	30 553 299	29 839 578	27 753 335
30 Personalaufwand	14 051 309	13 492 900	13 004 259	12 184 740	11 695 599
31 Sachaufwand	5 861 131	5 509 140	5 947 912	4 792 209	4 025 085
32 Passivzinsen und Steuerskonti	1 556 147	1 695 000	1 556 533	1 468 764	1 340 943
33 Abschreibungen und Steuerverluste	3 837 575	3 315 000	3 755 457	3 846 111	3 821 228
34 Beitrag an Finanzausgleich	315 444	269 000	92 963	119 387	251 062
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	366 508	307 000	408 461	249 250	243 612
36 Beiträge an Kanton oder Dritte	5 285 057	5 524 900	5 270 442	4 647 314	3 876 241
38 Einlagen in Spezialfin. und Stiftungen	0	25 000	14 720	2 040 940	2 007 310
39 Interne Verrechnungen	464 091	462 200	502 552	490 863	492 255
Ertrag	33 062 766	30 291 050	29 787 032	30 557 501	30 469 450
40 Steuern	14 203 976	15 418 000	13 166 681	14 076 496	14 100 842
403 Grundstückgewinnsteuern	2 803 949	2 400 000	826 332	1 061 218	2 231 659
41 Regalien und Konzessionen	710 935	628 000	669 298	618 234	569 391
42 Vermögenserträge	1 281 756	322 430	959 918	479 818	529 095
43 Entgelte	3 163 308	3 255 000	4 348 549	4 104 836	2 752 375
44 Anteil am kantonalen Finanzausgleich	4 670 764	2 300 000	3 328 568	2 221 421	2 141 708
45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	1 130 524	1 098 500	908 799	765 690	852 852
46 Beiträge des Kantons und Dritte	4 633 463	4 406 920	4 358 412	4 022 810	3 929 797
47 Durchlaufende Beiträge	0	0	0	0	0
48 Entnahme aus Spezialfinanzierung	0	0	717 923	2 716 115	2 869 476
49 Interne Verrechnungen	464 091	462 200	502 552	490 863	492 255
Ergebnis	1 325 504	-309 090	-766 267	717 923	2 716 115

Rechnung 1999
 Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung

	Rechnung 1999 Aufwand	Rechnung 1999 Ertrag	Budget 1999 Aufwand	Budget 1999 Ertrag	Rechnung 1998 Aufwand	Rechnung 1998 Ertrag
Präsidentialabteilung	2 469 173	641 937	2 416 300	719 000	2 143 209	1 079 346
Finanzabteilung	7 973 498	23 706 649	7 402 100	21 087 130	7 683 645	19 715 264
Schulabteilung	12 185 133	5 207 866	11 592 550	4 890 300	11 702 782	5 023 617
Bauabteilung	3 929 139	1 321 084	3 853 300	1 527 700	4 088 957	2 120 836
Umwelt- und Sicherheitsabt.	2 197 088	318 163	2 071 090	413 920	2 132 714	424 120
Sozialabteilung	2 983 231	1 867 067	3 264 800	1 653 000	2 801 992	1 423 849
Total	31 737 262	33 062 766	30 600 140	30 291 050	30 553 299	29 787 031
Ergebnis	1 325 504		-309 090		-766 267	

Rechnung 1998 und 1999
 Aufwand im Vergleich pro Abteilung



Rechnung 1999
Präsidialabteilung

Rechnung 1999
Finanzabteilung

Rechnung 1998 Ertrag	Rechnung 1999 Aufwand	Rechnung 1999 Ertrag	Budget 1999 Aufwand	Budget 1999 Ertrag	Rechnung 1998 Aufwand	Rechnung 1998 Ertrag
1 079 346	1101 Einwohnergemeinde	280 517	0	362 500	333 592	0
9 715 264	1102 Rechnungskommission	14 016	0	17 000	13 611	0
5 023 617	1105 Gemeinderat	271 084	0	263 500	253 282	0
2 120 836	1110 Verwaltung	689 605	534 875	591 800	524 311	988 521
424 120	1120 Allgem. Bürokosten	396 437	21	284 500	231 983	2 448
1 423 849	1130 Telefon	26 510	0	20 000	24 868	0
	1133 Betreibungsamt	141 249	0	107 300	170 160	0
9 787 03	1135 Friedensrichteramt	4 242	0	3 900	4 391	0
	1136 Weibelamt	1 833	0	2 700	1 820	0
	1140 Ordentliche Beiträge	153 428	0	189 900	239 779	0
	1144 Jugendarbeit	308 938	53 920	410 600	138 819	35 354
	1150 Landwirtschaft	7 948	3 065	8 200	8 290	3 051
	1160 Kulturelles	173 366	49 896	154 400	198 305	49 882
	1161 Gemeindegeschichte	0	160	0	0	90
	Total	2 469 173	641 937	2 416 300	2 143 209	1 079 346
	Netto	1 827 236		1 697 300	1 063 863	

Begründungen zu den wichtigsten Veränderungen

Kostenstelle	Begründungen
1101	Minderaufwand Öffentlichkeitsarbeit (91 826): Nicht konkretisierte Projekte Mehraufwand Amtliche Publikationen (14 529): Betrifft Personalsuchaufwand bei der Finanz- und Bauabteilung
1110	Mehraufwand Honorare/Rechtsberatung (71 026): Rechtsberatungen und Archivaufarbeitung Minderertrag Gebühren Beurkundungen (69 448): Geringere Anzahl Beurkundungen; Anpassung Gebührentarif
1120	Mehraufwand Büromaterial (29 376): Basiseinrichtung für Gemeindearchiv und erhöhter Verbrauch von Büromaterial Mehraufwand Anschaffungen/Mobiliar (60 270): Büroeinrichtungen Sozialabteilung Mehraufwand Porto/Frachten (17 813): Zu wenig budgetiert
1133	Mehraufwand Gehälter (30 782): Anzahl Betreibungen höher als budgetiert
1144	Minderaufwand Gehälter (64 171): Arbeitsbeginn eines Jugendarbeiters erst im Mai und Kinderbetreuung später eingesetzt als budgetiert
1160	Mehraufwand Anlässe und Veranstaltungen (25 726): Mehrere defizitäre Veranstaltungen im Saal Dorfmat

Rechnung 1999
Finanzabteilung

	Rechnung 1999	Rechnung 1999	Budget 1999	Budget 1999	Rechnung 1998	Rechnung 1998
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
1203 Verwaltung	311 447	1 363	312 700	500	319 347	0
1205 EDV Anlage	120 212	0	152 200	0	55 378	0
1220 AHV, IV, EO, FAK	918 792	0	906 000	0	849 806	0
1223 Andere Versicherungen	46 198	0	36 500	1 000	35 535	0
1230 Liegensch. Finanzverm.	186 031	1 036 482	99 000	121 410	67 067	645 243
1237 Zentrum Dorfmat	497 193	130 287	496 900	173 220	703 243	189 881
1250 Passivzinsen	1 451 088	0	1 575 000	0	1 430 928	0
1251 Aktivzinsen	0	148 893	0	45 000	0	171 330
1260 Ordentliche Steuern	345 753	14 177 825	279 000	15 374 000	457 054	13 145 063
1261 Finanzausgleich	0	4 670 764	0	2 300 000	0	3 328 568
1262 Übrige Steuern	327 749	2 830 100	279 800	2 444 000	100 059	847 950
1267 Gebühren, Konzessionen	25 000	710 935	25 000	628 000	25 000	669 297
1270 Abschreibungen	2 977 768	0	3 240 000	0	2 922 305	0
1275 Verw. Ergebnis Vorjahr	766 267	0	0	0	717 923	717 923
1277 Reserven/Spezialfinanz.	0	0	0	0	0	0
Total	7 973 498	23 706 649	7 402 100	21 087 130	7 683 645	19 715 264
Netto		15 733 151		13 685 030		12 031 619

Begründungen zu den wichtigsten Veränderungen

Kostenstelle	Begründungen
1230	Mehraufwand Unterhalt Gebäude/Einricht. (89 820): Umbauarbeiten Dorfmat 2 und Jugendpavillon
1230	Mehrertrag Buchgewinn auf Anlagen Finanzvermögen (900 736): Landverkauf Forren an die Stuber Team AG
1237	Minderertrag Pachtzins Verwaltungsvermögen (48 000): Pachtvertragsänderung mit Wirtepaar Restaurant Central
1250	Minderaufwand Verzinsung langfristige Darlehen (142 927): Durch bessere Eigenfinanzierung keine zusätzliche Fremdverschuldung mit entsprechend günstigen Zinsfolgen
1251	Mehrertrag Verzugszinsen und Darlehenszinsen (56 049 und 58 500): Vorwiegend aus Steuerabrechnung 1999 und nicht budgetierter Zinsertrag für Darlehen an die Stiftung Rischer Liegenschaften
1262	Mehrertrag Grundstückgewinnsteuern (403 949): Durch Jahresverschiebung beeinflusst und gemäss Bauentwicklung
1260	Minderertrag ordentliche Steuern (1 196 175): Gesamthaft unterschiedliche Entwicklung, Natürliche Personen ausgeglichen, Juristische Personen rückläufige Tendenz
1261	Mehrertrag am kantonalen Finanzausgleich (2 370 764): Höherer Anteil durch Bevölkerungszunahme bei gleichzeitiger Abnahme der Steuereinnahmen zum kantonalen Schnitt
1270	Minderaufwand Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen (262 232): Verursacht durch geringeres Investitionsvolumen als budgetiert

Rechnung 1999
Schulabteilung

Rechnung 1999
Schulabteilung

Rechnung 1998 Ertrag	Rechnung 1999 Aufwand	Rechnung 1999 Ertrag	Budget 1999 Aufwand	Budget 1999 Ertrag	Rechnung 1998 Aufwand	Rechnung 1998 Ertrag
0	1301 Kommissionen	0	51 500	0	28 377	0
0	1305 Verwaltung	150 945	493 100	148 700	398 439	109 459
0	1307 Kindergarten	268 597	586 850	258 400	603 742	280 762
0	1310 Primarschule	1 789 902	3 752 900	1 619 500	3 899 555	1 644 396
645 243	1320 Oberstufenschule	1 620 815	2 813 000	1 492 900	2 745 837	1 542 523
189 881	1330 Hauswirtschaft	297 635	598 300	260 000	520 583	271 083
0	1331 Turnen und Sport	94 001	219 600	67 900	234 888	138 475
171 33	1332 Spezielle Schuldienste	150 879	308 600	150 700	277 434	110 153
3 145 063	1333 Musikschule	578 134	1 016 900	567 400	933 221	545 177
3 328 568	1340 Bibliothek	0	135 300	0	143 052	0
847 950	1350 Schuldienst + Diverses	0	342 800	80 000	345 618	91 598
669 297	1352 Schulzahnpflege	217 943	248 000	196 000	244 886	209 643
0	1380 Schulhäuser	39 015	939 900	48 800	1 129 120	80 348
717 923	1390 Mobiliar	0	85 800	0	198 029	0
0	Total	5 207 866	11 592 550	4 890 300	11 702 781	5 023 617
9 715 264	Netto	6 977 267	6 702 250		6 679 164	
2 031 619						

Begründungen zu den wichtigsten Veränderungen

Kostenstelle	Begründungen
80	Mehraufwand Unterhalt Gebäude/Einrichtungen (62 572): Vermehrte Reparaturarbeiten an Schulhausbauten Mehraufwand Unterhalt Plätze und Anlagen (27 433): Reparaturen an Erdsondenleitung, Oberstufe

Rechnung 1999
Bauabteilung

0001 gounba9
gnulfolelurb2

	Rechnung 1999 Aufwand	Rechnung 1999 Ertrag	Budget 1999 Aufwand	Budget 1999 Ertrag	Rechnung 1998 Aufwand	Rechnung 1998 Ertrag
1401 Kommissionen	27 710	0	46 500	0	25 869	0
1403 Verwaltung	545 831	83 629	520 600	60 500	600 159	105 243
1405 Ortsplanung	16 488	0	71 000	3 000	46 923	0
1407 Vermessung	41 572	22 067	46 000	1 500	50 122	7 377
1411 Personal Werkdienst	450 197	450 197	443 700	443 700	443 681	443 681
1430 Werkhof	353 730	623	335 000	500	341 544	1 512
1440 Unterh. Strassen/Anlagen	210 039	0	173 600	0	99 822	0
1441 Winterdienst	98 791	0	45 000	5 900	43 353	6 427
1445 Ausbau Strassen/Anlagen	148 382	0	153 800	0	257 119	0
1446 Plätze und Anlagen	358 531	0	417 000	0	363 440	0
1447 Schwimmbäder	113 118	17 812	102 000	26 000	98 167	23 378
1450 Kanalisation/Kläranlage	679 325	712 606	537 000	950 000	885 964	1 497 960
1460 Abfallbeseitigung	582 990	30 470	614 500	25 000	535 178	25 394
1461 Umweltschutz	0	0	0	0	9 181	0
1480 Verkehrswesen	302 435	3 680	347 600	11 600	288 434	9 870
Total	3 929 139	1 321 084	3 853 300	1 527 700	4 088 956	2 120 835
Netto	2 608 055		2 325 600		1 968 121	

Begründungen zu den wichtigsten Veränderungen

Kostenstelle	Begründungen
1403	Mehraufwand Gehälter Aushilfen (54 925): Nicht budgetierte Aushilfe in der Bauamtsverwaltung Mehrertrag Gebühren Baubewilligungen (39 500): Zunahme der Bewilligungen für grössere Bauvorhaben
1407	Mehrertrag Kostenanteil Dritter (20 992): Kostenanteil des Kantons für digitale Daten
1440	Mehraufwand Baulicher Unterhalt (37 705): Viele Strassenreparaturen
1446	Minderaufwand Unterhalt Gebäude/Einrichtungen (86 215): Die budgetierte Anschaffung eines Festzeltes wurde nicht realisiert
1447	Mehraufwand Unterhalt Gebäude/Einrichtungen (20 726): Neuerstellung Bassinumrandung Badi Rotkreuz
1450	Mehraufwand Unterhalt Gebäude/Einrichtungen (75 527): Verlegung Meteorwasserleitung in Risch, Beitrag Sientalbach Sanierung Mehraufwand Betriebskostenabrechnung ARA (40 374): Abrechnung nach Wasserverbrauch bei der Kläranlage Schönau Minderertrag Gebühren Anschluss (238 507): Jahresverschiebung für grössere Bauvorhaben

Rechnung 1999
Umwelt- und Sicherheitsabteilung

Rechnung 1999
Sozialabteilung

Rechnung 1998 Ertrag		Rechnung 1999 Aufwand	Rechnung 1999 Ertrag	Budget 1999 Aufwand	Budget 1999 Ertrag	Rechnung 1998 Aufwand	Rechnung 1998 Ertrag	
0	1605	Verwaltung	192 057	24 912	207 400	20 000	270 621	33 727
1 05 243	1610	Brandschutzkontrolle	1 634	14 791	7 500	20 000	2 497	16 436
0	1620	Feuerwehrdienst	274 976	230 914	277 040	223 200	313 016	245 124
7 377	1630	Feuerwehrdepot/Einricht.	260 056	375	146 500	6 500	222 819	33 299
443 681	1640	Militärein Quartierungen	505	1 024	1 500	12 000	6 546	47 582
1 512	1650	Schiesswesen	5 126	0	5 600	0	4 080	0
0	1660	Zivilschutz	151 450	17 451	202 050	86 420	122 878	27 499
6 42	1670	Notorganisation	4 584	0	5 500	0	9 638	0
0	1675	Umweltschutz	20 776	0	23 000	0	13 713	0
0	1680	Polizeiwesen	241 782	24 590	288 300	9 500	156 330	13 085
23 378	1685	Gebühren; Platz und Stand	0	0	0	2 300	0	2 005
497 960	1690	Gesundheitswesen	979 913	0	842 300	30 000	942 711	0
25 394	1695	Friedhof und Bestattungen	64 229	4 106	64 400	4 000	67 863	5 363
0								
9 870	Total		2 197 088	318 163	2 071 090	413 920	2 132 714	424 120
120 835	Netto		1 878 925		1 657 170		1 708 594	

Begründungen zu den wichtigsten Veränderungen

Kostenstelle	Begründungen
1620	Mehraufwand Ernstfalleinsätze (19 218): Unwettereinsätze der Feuerwehr im Mai/Juni und Dezember (Lothar)
1630	Mehraufwand Unterhalt Hydranten (81 172): Unvorhergesehen grosse Anzahl Hydranten versetzen und wegen grosser Bautätigkeit neu setzen
1660	Minderaufwand Schutzraummöblierung für Neubauten (42 083): Nicht mehr in der Lieferpflicht stehende Schutzraum-möblierungen. Wegen Praxisänderung wurden nur bis September 1999 abgenommene Neubauten pflichtig, entfällt ab 2000.
1690	Mehraufwand Defizitbeitr. Krankenanst., ungedeckte Pflegekosten (127 094): Nicht vorhersehbar hoher Anteil für ungedeckte Pflegekosten; Restzahlung Spitaldefizit 1998

Rechnung 1999
Sozialabteilung

	Rechnung 1999 Aufwand	Rechnung 1999 Ertrag	Budget 1999 Aufwand	Budget 1999 Ertrag	Rechnung 1998 Aufwand	Rechnung 1998 Ertrag
1705 Verwaltung	448 292	23 209	473 000	21 500	367 915	27 966
1710 Fürsorge/Vormundschaft	21 682	0	21 000	500	22 835	1 142
1715 Unterst.gem.Bundesges.	1 565 125	1 409 948	1 960 000	1 320 000	1 759 441	1 094 040
1716 Unterst.gem.Asylgesetz	416 205	337 982	343 400	271 000	301 979	249 199
1720 Sozialfürsorge	217 865	0	187 400	0	106 898	1 287
1730 Wohnungsfürsorge	0	0	0	0	0	0
1750 Alimentenbevorschussung	314 062	95 928	280 000	40 000	242 924	50 215
Total	2 983 231	1 867 067	3 264 800	1 653 000	2 801 992	1 423 849
Netto	1 116 165		1 611 800		1 378 143	

Begründungen zu den wichtigsten Veränderungen

Kostenstelle	Begründungen
1705	Mehraufwand Miete (31 320): Zusätzliche Büroräume im Dorfmat 2 für die Sozialabteilung
1715	Minderaufwand Unterstützungen an Private (326 186): Teilverlagerung in den Bereich Soziallohn und Beschäftigungsprogramme für Erwerbslose Minderaufwand Beschäftigungsprojekt für Ausgesteuerte (68 689): Die seinerzeitige Budgetierung musste ohne definitive Berechnungsgrundlagen vorgenommen werden. Kantonsratsbeschluss folgte später, damit wurde die Finanzierung von 50% dieser Aufwendungen durch den Kanton möglich. Mehrertrag Rückerstattungen (107 768): Stellenausbau ermöglichte eine effizientere Bewirtschaftung der Dossiers bei leicht zunehmenden Fallzahlen und der deutlichen Zunahme der Komplexität der Problemstellungen (z.B. Rückerstattungen von Leistungen von Sozial- und Privatversicherungen)
1716	Mehraufwand Miete (17 380): Büroräume im Dorfmat 2 für die Sozialstelle für Asylbewerber der Gemeinden Cham, Hünenberg und Risch
1720	Mehraufwand Familienleitbild (26 722): Jahrübergreifende Abrechnung für Überarbeitung und den Druck des Schlussberichtes
1750	Mehrertrag Rückerstattungen (55 928): Erfolgreich einkassierte Unterhaltsleistungen bei Schuldner

Rechnung 1999
Investitionsrechnung

	Rechnung 1999	Budget 1999
Bauabteilung - Tiefbau	821 473	3 984 000
Öffentlicher Verbindungsweg Berchtwilerstrasse	0	15 000
Perimeter Mattenstrasse	-267 000	0
Gössimatte 1. Anteil Perimeter	-300 000	-460 000
Erschliessung Gössimatte	3 000	0
Erschliessung Dorfkern Süd, Bahnhofplatz	76 384	1 000 000
Projekt Sportanlage, 1. Etappe	93 572	210 000
Neugestaltung Pausenplatz, Spielplatz	70 337	51 000
Landverkauf Gössimatte	0	-422 000
Meteorwasserleitung Buonas	453 667	530 000
Sportpark Realisierung 1. Etappe	222 580	1 500 000
Strassenanpassungen für Kreisel Lindenplatz	0	200 000
Neugestaltung Friedhof	0	500 000
Seebad Zweiern 1. Etappe	1 021	215 000
Schwimmbad Rotkreuz	467 912	645 000
Bauabteilung - Hochbau	2 688 800	1 567 000
Feuerwehr- und Zivilschutzgebäude	27 214	0
Subvention für Feuerwehrgebäude	0	-240 000
Erweiterung/Sanierung Schulanlage	1 590 165	850 000
Kantonsbeitrag Schulhaus	0	-725 000
Polizei-posten Stockwerkeigentum	1 071 421	932 000
Umbau Rathaus	0	750 000
Landschafts- und Umweltschutz	-18 345	0
Kanalisation UeG, Bau	-18 345	0
Übrige	0	19 000
Zusätzliches Gemeindefahrzeug	0	120 000
Rüstfahrzeug Subvention	0	-200 000
Investitionsbeitr. Schwerbehindertenheim Schmetterling + Maihof	0	99 000
Total (Nettoinvestitionen)	3 491 928	5 570 000
Total Ausgaben	4 077 273	7 617 000
Total Einnahmen	585 345	2 047 000

Rechnung 1999
Investitionen

Rechnung 1999
Investitionsrechnung

Folgende Investitionen wurden 1999 abgerechnet:

Entlastungskanal Küntwilerbach

Kredit Gemeindeversammlung vom 2. Dezember 1997	Fr.	980 000
Bauabrechnung	Fr.	1 173 169
Bundesbeitrag (Investitionszulagebeitrag)	Fr.	- 114 000
Nettoaufwand Gemeinde	Fr.	1 059 169
Mehraufwand	Fr.	79 169

Die Schlussrechnung ergibt einen Mehraufwand. Dieser ergab sich wegen den vielen Wassereinbrüchen, die bei der Durchstossung auftraten. Die notwendigen Absicherungen und Vorkehrungen beliefen sich auf Fr. 192 000.--. Trotz vorgängiger Bodenproben konnten diese Erschwernisse nicht erkannt werden, da es sich um örtliche wasserführende Schichten handelte.

Polizeiposten Luzernerstrasse 12, Rotkreuz

Kredit Gemeindeversammlung vom 16. Juni 1997	Fr.	932 000
Bauabrechnung	Fr.	1 071 421
Mehraufwand	Fr.	139 421

Die Schlussrechnung ergibt einen Mehraufwand. Dieser ergab sich wegen der vom Kanton geforderten Nachrüstung von Sicherheitsmassnahmen. Geplant waren Standardbüroausbauten. Bedingt durch die Anforderungen der Polizei mussten Fr. 80 000.-- zusätzlich investiert werden. Für zwei zusätzlich vermietbare Büros entstanden Mehrkosten von rund Fr. 50 000.--.

Rechnung 1999
Orientierung über gemeindliche Stiftungen

Die nachfolgenden Angaben dienen lediglich zur Orientierung der Bevölkerung, da sich die Gemeinde finanziell engagiert hat und somit ein gewisses öffentliches Interesse besteht.

Stiftung Alterszentrum

Das Jahr 1999 wurde durch zahlreiche Mutationen geprägt. Dem Jahresbericht, den sie beim Zentrum Dreilinden anfordern können, ist zu entnehmen, dass 16 Austritte (14 Todesfälle und 2 Umzüge) zu verzeichnen waren. Dies ist weitgehend auf die Altersstruktur und die zunehmende Pflegebedürftigkeit zurückzuführen.

Ein weiterer markanter Punkt ist die Entscheidung, der Spitex weitere Büroräume zur Verfügung zu stellen. Dies ist durch einen Anbau möglich, in dem auch 6 weitere Pensionärzimmer realisiert werden können.

Betriebskennzahlen aus dem Jahresbericht	1999	1998
Pensionstage	18 250	18 250
Auslastung	98.7 %	99.2 %
Herkunft der Bewohner		
Risch	86 %	82 %
Meierskappel	8 %	8 %
andere	6 %	10 %
Aufwand	2.36 Mio.Fr.	2.28 Mio.Fr.
Ertrag	2.45 Mio.Fr.	2.31 Mio.Fr.
Ertragsüberschuss	0.09 Mio.Fr.	0.04 Mio.Fr.



Stiftung Rischer Liegenschaften

Die Liegenschaften sind - mit Ausnahme der Badezimmer - in einem sehr guten Zustand. Bei der Vermietung wird weiterhin grosses Gewicht auf eine ausgewogene Mieterschaft gelegt. Erfreulicherweise waren 1999 nur geringe Leerstände zu verzeichnen. Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Reingewinn von Fr. 277'279.55 ab. Der Eigenkapitalanteil konnte wie im Vorjahr um gut 2 % auf 11.65 % gesteigert werden.

Kennzahlen aus dem Jahresbericht (in Mio. Franken)	1999	1998
Aktiven		
Umlaufvermögen	0.15 Mio.Fr.	0.31 Mio.Fr.
Anlagevermögen	13.53 Mio.Fr.	13.53 Mio.Fr.
Passiven		
Fremdkapital	12.10 Mio.Fr.	12.52 Mio.Fr.
Eigenkapital	1.59 Mio.Fr.	1.31 Mio.Fr.



Eventualverpflichtungen

Haftungsübernahme durch die Einwohnergemeinde Risch zugunsten der Stiftung Rischer Liegenschaften für sämtliche Kapitalaufnahmen und daraus anfallenden Zinsen für die Überbauung Hof, GS Nr. 44.

ZEBA (Zweckverband der Zuger Einwohnergemeinden für die Bewirtschaftung von Abfällen), Jahresberichterstattung 1999

Im vierten Jahr seiner Tätigkeit bewirtschaftete der ZEBA wieder über 95 % der gesamten Abfallmenge der Zuger Gemeinden.

Die Mengenstatistik zeigt, dass rund 68 Prozent der Abfälle einer stofflichen Verwertung zugeführt werden, und nur rund 30 Prozent in einer Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) verbrannt werden. In der Schweiz landen hingegen im Durchschnitt immer noch 60 Prozent der Abfälle in der KVA und lediglich 40 Prozent werden verwertet. Die Bevölkerung hat damit den Tatbeweis erbracht, dass das Zuger System mit den attraktiven und kundenfreundlichen Ökihöfen die Abfalltrennung fördert und die zu verbrennende Kehricht-Tonnage massiv senkt.

Trotz dem zahlenmässigen Anstieg der Bevölkerung ist die Kehrichtmenge zur Verbrennung in einer KVA gesunken. Ein beachtenswerter Teil betrifft die Menge getrennt gesammelter Getränkeverpackungen und Kunststoffe. Diese Menge stieg von 850 Tonnen im Jahre 1998 auf 1 402 Tonnen im Jahre 1999. Nach dem Abschluss der fünfjährigen Versuchsphase werden sich nun aber bei diesen Fraktionen wieder Veränderungen ergeben (gemäss Presseorientierung von Mitte Mai 2000).

Dank der Kreditgenehmigung für eine neue Sammelstelle vom 18. April 1999 (zusammen mit dem Sportpark) kann ab Herbst 2000 auch in der Gemeinde Risch die Sammelstelle wesentlich kundenfreundlicher gestaltet werden.

Betriebskennzahlen	1999	1998
Aufwand	12.6 Mio.Fr.	12.3 Mio.Fr.
Ertrag	12.6 Mio.Fr.	12.2 Mio.Fr.
Insgesamt zu Lasten der Gemeinden	5.2 Mio.Fr.	5.0 Mio.Fr.
pro Einwohner	53.10 Fr.	52.31 Fr.

Vollmacht bezüglich Vertragsabschlüsse über dingliche Rechte

Aufgrund der vorliegenden Vollmacht für Vertragsabschlüsse über dingliche Rechte bis zu einem Gesamtbetrag von Fr. 1.5 Mio. für die Amtsdauer 1999/2002 wurden im Jahr 1999 keine entschädigungspflichtigen Verträge getätigt.

Rechnung 1999
Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission
an die Einwohnergemeinde Risch

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Rechnungsprüfungskommission der Gemeinde Risch überprüfte die Verwaltungs- und Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde Risch für das Jahr 1999 und erstattet darüber wie folgt Bericht:

Gemäss unserer Kontrolle wurden sämtliche vorhandenen Belege ordnungsgemäss verbucht. Die in der Rechnung ausgewiesenen Beträge stimmen mit den vorhandenen Belegen überein.

Die Rechnung 1999 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 2'091'771.50. Das Ergebnis fiel somit um Fr. 2'400'861.50 besser aus als budgetiert. Nach Verrechnung des Aufwandüberschusses aus dem Rechnungsjahr 1998 wird ein Ertragsüberschuss von Fr. 1'325'504.36 ausgewiesen. Massgebend zur Ergebnisverbesserung sind der Landverkauf an die Firma Stuber Team AG und bedeutend höhere Zahlungen aus dem kantonalen Finanzausgleich verantwortlich. Über die wesentlichen Abweichungen sind Begründungen bei den einzelnen Abteilungen aufgelistet.

Im Rechnungsjahr 1999 mussten weder zusätzliche Darlehen aufgenommen noch Reserven aufgelöst werden. Die Investitionen über netto Fr. 3'491'928.12 konnten mit eigenen Mitteln finanziert werden.

Aufgrund unserer Prüfung **b e a n t r a g e n** wir:

Die Rechnung der Einwohnergemeinde Risch für das Jahr 1999 zu genehmigen;

Den Rechnungsführern Décharge zu erteilen und ihnen für die gute Arbeit zu danken;

Dem Gemeinderat, insbesondere dem Finanzvorsteher sowie dem Personal der Gemeindeverwaltung für die treue Pflichterfüllung zu danken.

Rotkreuz, 23. März 2000

Die Rechnungsprüfungskommission

Patrik Fuchs, Präsident

Urs Krummenacher

Hans-Peter Rätz

Traktandum 3

Ausgangslage

Ausgehend von der Schulraumplanung 1992 hat im Jahr 1999 Rektor Richard Hediger einen Grundlagenbericht zur Schulraumplanung erarbeitet. Darin werden die wichtigsten Tendenzen und Prognosen bis zum Jahr 2010 aufgezeigt. Unabhängig von der Entwicklung im Wohnungsbau und dem damit zusammenhängenden Anwachsen der Schülerzahlen haben sich gegenüber der Schulraumplanung 1992 verschiedene Prämissen verändert:

- Einführung des schulfreien Samstages: Durch die Einschränkungen auf neun Halbtage ist der Turnhallen- und Fachraumbedarf um rund 11 Prozent gewachsen. Während die Bedürfnisse der steigenden Klassenzahl im handwerklichen und textilen Gestalten durch den Neubau 1997/98 abgedeckt werden konnten, zeichnet sich schon im Schuljahr 1999/2000 ein Engpass im Turnunterricht ab. Dieser wird in den folgenden Jahren solange unlösbar, als die gesetzlichen Vorgaben drei Turnstunden vorschreiben. Eindeutig fehlt aber eine Gelegenheit für einen regelmässigen Schwimmunterricht.

- Die durch den Kantonsrat im Dezember 1998 beschlossene Einführung der kooperativen Oberstufe wird in den Fächern Französisch und Mathematik, eventuell auch Deutsch, Niveauekurse anbieten. Dies hat zur Folge, dass für Oberstufen-Lehrkräfte durch die dadurch verstärkt auftretenden Zwischenstunden Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden müssen. Ebenso muss der Informatikunterricht ausgebaut werden.

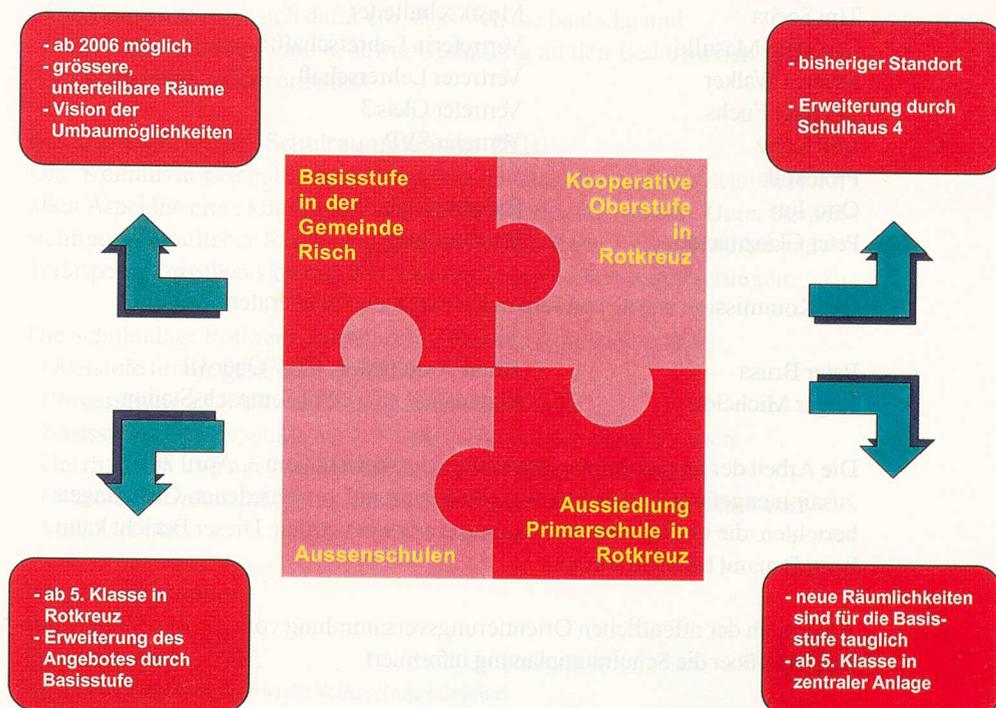
- Der Gemeinderat hat den durch eine Arbeitsgruppe erarbeiteten Antrag zur Einführung des zweijährigen Kindergartenbesuches im zustimmenden Sinne zur Kenntnis genommen. Mit Gemeindeversammlungsbeschluss vom 7. Dezember 1999 ist der 2-Jahres-Kindergarten eingeführt worden.

- Die psychomotorische Therapie ist gemäss Schulgesetz eine gemeindliche Aufgabe. Die bisher durch die Therapiestelle Cham aufgenommenen Kinder sollen gemäss Antrag der Schulkommission mittelfristig in der Gemeinde selber therapiert werden können. Hier besteht ein eindeutiges Bedürfnis.

- Der Musikschule stehen auch heute, nach mehr als 20-jährigem Bestehen, fast keine eigenen Unterrichtsräume zur Verfügung.

Schulraumplanung 2010

Wie sollen sich die Schulen der Gemeinde Risch künftig entwickeln?



Neben der Schaffung von neuem Schulraum für den mittelfristig zu erwartenden steigenden Bedarf ist auch die geeignete Infrastruktur aufgrund der neuen Anforderungen an den Schulbetrieb zu berücksichtigen. Zur Beantwortung dieser Frage sind einerseits die Aspekte der Schulentwicklung und andererseits deren baulichen Auswirkungen von Bedeutung.

Um diese komplexen Fragen zu beantworten, hat der Gemeinderat am 1. März 1999 die "Kommission Schulraumplanung" gewählt und sie mit dem Entwurf für eine Schulraumplanung für das Jahr 2010 beauftragt.

Traktandum 3

Folgende Mitglieder haben in dieser Kommission mitgearbeitet

Kurt Müller	Kommissionspräsident, Bauchef, FDP
Anton Wismer	Gemeindepräsident, CVP
Maria Wyss	Schulpräsidentin, FDP
Richard Hediger	Schulrektor
Remi Odermatt	Schulrektor
Tim Socha	Musikschulleiter
Nicoletta Masullo	Vertreterin Lehrerschaft
Severin Walker	Vertreter Lehrerschaft
Michael Fuchs	Vertreter Gleis 3
Dölf Kretz	Vertreter SVP
Protokoll:	
Otto Jurt	Bauabteilung
Peter Glanzmann	Bauabteilung

Die Kommission wurde von folgenden externen Fachberatern begleitet

Peter Brusa	Brusa Architekten, 6317 Oberwil
Roger Michelin	Planteam S AG, 6203 Sempach-Station

Die Arbeit der Kommission wurde im Schlussbericht vom 3. April 2000 zusammengefasst. Der Schlussbericht basiert auf verschiedenen Grundlagenberichten, die im Rahmen der Planung erarbeitet wurden. Dieser Bericht kann beim Bauamt bezogen werden.

Anlässlich der öffentlichen Orientierungsversammlung vom 23. Mai 2000 wurde im Detail über die Schulraumplanung informiert.

Die umfangreichen und komplexen Grundlagen sind im Projektordner „Schulraumplanung“ enthalten. Dieser Masterordner liegt im Bauamt Risch zur Einsicht auf.

Randbedingungen

Folgende Randbedingungen sind als Grundlage für die Schulraumplanung formuliert worden:

- Schulbetrieb / Berücksichtigung Basisstufe
- Politische Randbedingungen
- Randbedingungen Grundsatzentscheide / vorhandene Infrastruktur / Zwischenlösungen

Auf Antrag der Schulkommission hat der Gemeinderat grundsätzlich beschlossen:

- Die Basisstufe für die weitere Planung zu berücksichtigen
- Die Gemeinde bekennt sich zu einer fortschrittlichen, modernen Schule, die Kindern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie den Anforderungen der Gesellschaft gerecht wird
- Die Gemeinde setzt sich dafür ein, dass sich die bauliche und verkehrstechnische Planung sowie Gestaltung an den Bedürfnissen von Familien und Kindern orientiert

Schlussfolgerungen Schulraumplanung 2010

Die "Kommission Schulraumplanung" hat sich intensiv und sehr detailliert mit allen Aspekten einer künftigen Entwicklung auseinandergesetzt. Unter Berücksichtigung sämtlicher Randbedingungen, vorhandenen Infrastrukturen und Teilaspekten ergeben sich aus dem Bericht folgende Schlussfolgerungen:

Die Schulanlage Rotkreuz wird künftig folgende Aufgaben erfüllen:

- Oberstufe für die gesamte Gemeinde
- Primarschule ab 5. Klasse für die gesamte Gemeinde
- Basisstufe / Primarschule bis 4. Klasse, soweit diese nicht in Risch, Holzhäusern und am Aussiedlungsstandort Feld geführt werden
- Haupt-Schulinfrastruktur mit Turnhallen, Sportpark, Aula, Bibliothek und Musikschule

Begriffsdefinitionen

Die Basisstufe:

- Örtlich und strukturell in die Volksschule integriert
- Eintritt im Alter von 4 Jahren
- Dauer: in der Regel 4 Jahre, Zeitraum 3 bis 5 Jahre möglich
- Altersheterogene Zusammensetzung
- Klassengrösse 16 bis 24 Kinder
- Unterricht 18 bis 22 Stunden pro Woche, Verteilung auf 5 bis 7 Halbtage
- Lehrpersonen: 150 Stellenprozente bei normaler Klassenzusammensetzung und -grösse
- Raumbedarf zirka 150 % eines heutigen Klassenzimmers Primarschule

Die kooperative Oberstufe:

- Beibehaltung der Oberstufentypen Real- und Sekundarschule unter Führung von übergreifenden Niveauekursen in Französisch und Mathematik

Realisierung in 4 Etappen

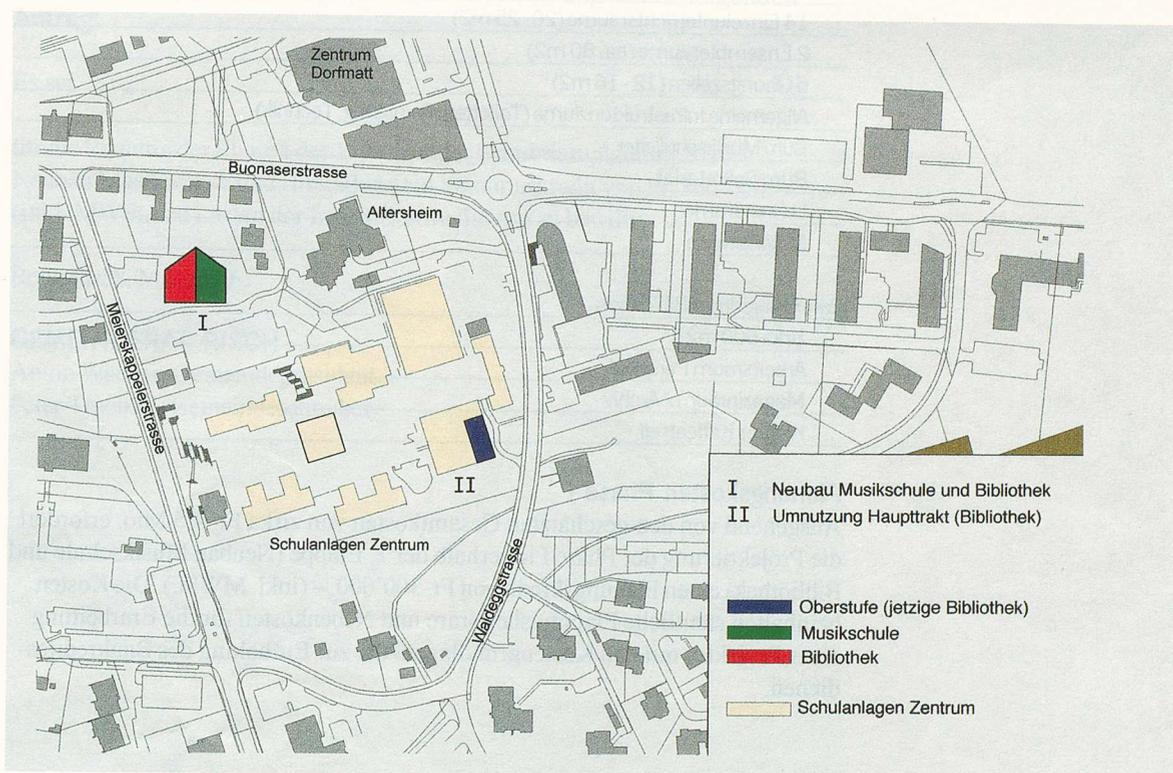
Nicht zuletzt aufgrund der finanzpolitischen Vorgaben müssen die notwendigen Infrastrukturmassnahmen der empfohlenen Handlungsstrategie in Etappen realisiert werden. Dies ermöglicht auch, die notwendige Bautätigkeit optimal auf den Schulbetrieb und die tatsächliche Entwicklung abzustimmen.

Heute 2000	1. Etappe	2. Etappe	3. Etappe	4. Etappe	Ziel 2010
	I Neubau Musikschule Bibliothek	IV Neubau Mehrfachturn- halle im Sportpark	VI Neubau Schulhaus Feld	VIII Umnutzung Schulhaus 4 für Oberstufe	
	II Umbau heutige Bibliothek in Oberstufen- schulhaus	V Umbau Gymnastik- halle in Aula	VII Umnutzung Schulhaus 2 für Basisstufe	IX Anbau Schulhaus Risch für Basisstufe	
	III Neubau Kindergarten Areal Waldegg Innenrenovation Schulhaus 2				

Bis zur 3. Etappe muss der Neubaustandort Feld von der "Landwirtschaftszone" in die "Zone des öffentlichen Interesses für Bauten und Anlagen" umgezont werden. Dies kann im Rahmen der Gesamtrevision der Ortsplanung Risch erfolgen.

1. Etappe

Entsprechend dem zeitlichen Ablauf werden folgende Bauvorhaben in der 1. Etappe realisiert:



Phase I Neubau Musikschule und Bibliothek an der Meierskappelerstrasse 1

Neubau eines Kombibaus Musikschule und Bibliothek auf der Wiese unterhalb des Hartplatzes.

Raumprogramm Musikschule:

2 Grundschulräume (60 - 100 m ²)
14 Einzelunterrichtsräume (20 - 25 m ²)
2 Ensembleräume (ca. 80 m ²)
6 Übungszellen (12 - 16 m ²)
Allgemeine Infrastrukturräume (Toiletten, Reinigung, Technik)
Büro Musikschulleiter
Büro Sekretariat
Lehrerzimmer
Materialraum

Raumprogramm Bibliothek:

zirka 500 m ²
Arbeitsraum Personal
Magazinraum / Archiv
Kleiner Kaffeetreff

Planungskosten Phase I

Ausgehend von den geschätzten Gesamtkosten von zirka Fr. 4.5 Mio. erfordert die Projektierung der Phase I innerhalb der 1. Etappe (Neubau Musikschule und Bibliothek) einen Planungskredit von Fr. 300'000.-- (inkl. MWSt.). Die Kosten beinhalten sämtliche Planungshonorare und Nebenkosten für die Erarbeitung eines Projektes mit den Kostengrundlagen, die zur Einholung des Baukredites dienen.



Traktandum 4

Vorgehen

Zur Sicherstellung eines Projektes, das wirtschaftlich und architektonisch überzeugt, wird ein Studienauftrag unter mehreren Architekten durchgeführt. Die Kosten für den Studienauftrag sind ebenfalls Bestandteil des Planungskredites.

Der Gemeinderat stellt der Gemeindeversammlung daher folgenden

Antrag:

Es sei

für die Planung der Phase I der 1. Etappe der Schulraumplanung 2010, Neubau Musikschule und Bibliothek, ein Planungskredit von Fr. 300'000.-- (inkl. MWSt.) zu Lasten der Investitionsrechnung zu bewilligen.

Rotkreuz, 8. Mai 2000

GEMEINDERAT RISCH

Anton Wismer, Gemeindepräsident

Peter Trachsel, Gemeindeschreiber

Traktandum 4

Ausgangslage

Der Regierungsrat hat beschlossen, den kantonalen Richtplan zu revidieren. Er beauftragte die Baudirektion, zuerst ein Raumordnungskonzept und anschliessend den Richtplan zu erarbeiten. Der Richtplan hat einen Planungshorizont von 20 Jahren. Neben den Vorgaben des Raumplanungsgesetzes und des kantonalen Planungs- und Baugesetzes berücksichtigt der kantonale Richtplan die Planungen von Bund, Nachbarkantonen und Gemeinden. Die Aussagen des Raumordnungskonzeptes und des Richtplanes beruhen auf umfassenden Grundlagen zur Siedlung, zum Verkehr, zur Landschaft und zur Umwelt.

Im Raumordnungskonzept (ROK) legt der Kanton Zug seine räumlichen Ziele und Strategien fest und stellt die Weichen für seine Zukunft. Gestützt auf die Strategien des ROK erarbeitet dann die Baudirektion den kantonalen Richtplan.

Die Gemeinden Zug, Baar, Steinhausen, Cham, Hünenberg und Risch entwickelten sich in den letzten Jahren zu einer Agglomeration. Das Gebiet weist ein breites Angebot an Bildung, Versorgung, Dienstleistungen, Kultur und Freizeit auf. Es ist gut erschlossen und hat Anschlüsse ans übergeordnete Bahn- und Strassennetz. Die Gemeinden bearbeiten ihre Ortsplanung nach wie vor autonom. Gemeindeübergreifende Planungen wären aber dringend notwendig. Das "ROK" koordiniert die Interessen und bildet die Grundlage für ganzheitliche Planungen. Die räumliche Positionierung ist von grosser Bedeutung für eine zukunftsweisende Entwicklung der Gemeinde.

Handlungsbedarf

In der Gemeinde Risch hat es noch grosse Industrielandreserven. Auf diesen Landreserven sind zum Teil grössere Bauvorhaben geplant. Um die bauliche Entwicklung im Arbeitsgebiet Risch sicherzustellen, müssen folgende Anforderungen erfüllt sein:

- Eine raum- und verkehrsverträgliche Nutzung
- Ausreichende Verkehrskapazitäten
- Sicherstellung der ökologischen Randbedingungen

Das Industriegebiet darf sich nicht zufällig entwickeln, sondern die anstehenden Probleme müssen gesamtheitlich betrachtet werden. Damit nicht bei jedem Projekt die Anforderungen neu beurteilt werden müssen, ist die Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes für das Arbeitsgebiet resp. Industriegebiet Rotkreuz dringend notwendig.



Entwicklungskonzept Industriegebiet

Die Nutzungsansprüche an die autobahnnahen Industriegebiete sind sehr vielfältig. Folgende Punkte müssen koordiniert werden können:

- Eignung und Bebaubarkeit der Areale
- Eigentümerabsichten
- Freiflächen
- Gebäudehöhen

Für die Industriegebiete Rotkreuz wird ein Entwicklungskonzept erarbeitet, das erlaubt, die künftigen Einzelentscheide (Baubewilligungen, Zonenplanänderungen, Erschliessungen und so weiter) aus einem Gesamtzusammenhang heraus zu koordinieren, zu begründen und zu beurteilen. Es verfolgt das Ziel, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Arbeitsgebiete Rotkreuz soweit zu schaffen, dass die Realisierung von Projekten rasch möglich wird.

Das Entwicklungskonzept bildet die Grundlage um die folgenden Fragen ganzheitlich zu beantworten:

- Wie positioniert sich die Gemeinde im kantonalen Raumordnungskonzept (ROK)?
- Welche Koordinationsaufgaben mit den anderen Gemeinden, insbesondere mit der Gemeinde Hünenberg, sind anzugehen?
- Reichen die vorhandenen und geplanten Verkehrskapazitäten aus, um die angestrebte Entwicklung zu ermöglichen?
- Wie erfolgt die Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr (Stadtbahn, Linienführung, eventuell Neat)?
- Welches sind die erwünschten Nutzungen (Art der Betriebe)?
- Mit welchen Lenkungsmaßnahmen kann die gewünschte Nutzung sichergestellt werden?
- Welche Nutzungen sollen gefördert und welche ausgeschlossen werden (zum Beispiel Verkaufsflächen)?
- Welches sind die ökologischen Ausgleichsmassnahmen?

Das Konzept formuliert für die Bevölkerung eine transparente und nachvollziehbare Entwicklungspolitik und bildet eine wichtige Grundlage für die nachfolgende Ortsplanungsrevision.

Traktandum 5

Der Gemeinderat stellt der Gemeindeversammlung daher folgenden Antrag:

Es sei

für die ortsplannerischen Belange, insbesondere für die Mitwirkung beim Raumordnungskonzept und für die Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes Industriegebiet Rotkreuz ein Rahmenkredit von Fr. 100'000.-- zu Lasten der Investitionsrechnung zu bewilligen.

Rotkreuz, 8. Mai 2000

GEMEINDERAT RISCH

Anton Wismer, Gemeindepräsident

Peter Trachsel, Gemeindeschreiber



Traktandum 5

I. Ausgangslage

An der Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 1999 hat der Gemeinderat die Bevölkerung umfassend orientiert über

- die komplexe Vorgeschichte des Geschäfts;
- die Abklärungen zur Rechtsstellung der Gemeinde;
- die bestehenden Optionen betreffend Seeuferpromenade und Strandbad.

Diesbezüglich verweisen wir auf den Bericht des Gemeinderates vom 25. Oktober 1999. Eine Abstimmung über die Optionen war nicht traktandiert; die Gemeindeversammlung hat von der Information lediglich Kenntnis genommen. Einem Antrag von A. von Rohr auf sofortige Abstimmung über die unverzügliche und vollumfängliche Umsetzung der Verträge vom 3. Januar 1975 (Realisierung des Wegrechts 2. Etappe gemäss Variante 1) konnte nicht entsprochen werden; hingegen wurde das Begehren im Einverständnis mit dem Antragsteller zur Prüfung und einer späteren Abstimmung entgegengenommen. Nach breiter Diskussion wurde entsprechend den zum Ausdruck gebrachten Erwartungen vom Gemeinderat zugesichert, an der nächsten Gemeindeversammlung über die zu realisierende Variante eine Grundsatzabstimmung durchzuführen.

II. Aktuelle Situation

1. Von den seinerzeit zur Diskussion vorgestellten Lösungsalternativen ist mittlerweile die sog. "Variante 3" gegenstandslos geworden. Dabei handelte es sich darum, anstelle der bestehenden Seeuferpromenade mit deren Weiterführung bis zum Schlosswald und hinauf zur Kantonsstrasse neu eine Wegfortsetzung ab dem heutigen Kinderspielplatz in nördlicher Richtung unterhalb der Liegenschaft „Seehof“ bis zur sog. "Schilfparzelle" (GS Nr. 398) zu erstellen. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit dem zur Hauptsache betroffenen Grundeigentümer haben in der Folge nicht zu einer einvernehmlichen Lösung geführt.

2. Bei dieser Sachlage stehen mithin nur noch die beiden folgenden Varianten zur Diskussion:

Variante 1: Realisierung des Wegrechts 2. Etappe

Aufgrund der unbestrittenen gutachtlichen Abklärungen vom 25. Februar 1999 besteht der Rechtsanspruch der Gemeinde auf Weiterführung der heutigen Seeuferpromenade bis zum Schlosswald und hinauf zur Kantonsstrasse gemäss Dienstbarkeitsvertrag vom 3. Januar 1975 unverändert nach wie vor. Das Rechtsgutachten und der Vertrag stehen den Stimmbürgerinnen und Stimmbür-

gern auf der Präsidiabteilung zur Einsichtnahme zur Verfügung. Die Wegführung ergibt sich aus dem Konzept zu Variante 1 vom 5. April 2000 (Beilage). Es ist mit Erstellungskosten in der Grössenordnung von Fr. 150'000.-- zu rechnen. Die Realisierung dieser Variante bedeutet folgendes:

a) Die Erben Bodmer haben Anspruch auf Rückübertragung der seinerzeit als Gegenleistung für einen allfälligen Verzicht auf die 2. Etappe des Wegrechts an die Gemeinde abgetretenen sog. "Schilfparzelle" GS Nr. 398 (9'719 m²).

b) Die Abarzellierung des heutigen Badeareals beidseits des bestehenden Fussweges zum Schiffssteg (5'980 m²) und der Übergang des Eigentums von Hoffmann-La Roche an die Gemeinde erfolgt gemäss Dienstbarkeitsvertrag vom 3. Januar 1975 (Ziff.II./1) erst dann, wenn der vom jeweiligen Pächter des Restaurants Wildenmann geführte Badebetrieb aufgegeben wird.

c) Das Badeverbot im Bereich der Seebucht auf dem südlich der heutigen Liegewiese gelegenen Gebiet bleibt bestehen; desgleichen das Bauverbot auf diesem Areal.

d) Der bereits bestehende Promenadenweg kann nicht verlegt und der zwischen diesem Weg und dem See liegende Bereich nicht in eine allfällige spätere Erneuerung und Erweiterung des Strandbades einbezogen werden.

e) Die Realisierung der Variante 1 schliesst eine sanfte Sanierung der heutigen Badeanlagen durch die Gemeinde nicht von vorneherein aus. Voraussetzung ist allerdings die Zustimmung der Grundeigentümerin. Diese kann hingegen ihrerseits eine Sanierung der bestehenden Anlagen vornehmen, wobei die Gemeinde zur Übernahme eines angemessenen Teils der Kosten verpflichtet ist (vgl. Dienstbarkeitsvertrag vom 3. Januar 1975; Ziff. I./6 a). Eine solche sanfte Sanierung (Unterhalt und Instandstellung) dürfte in absehbarer Zeit notwendig werden. Der finanzielle Aufwand lässt sich grob geschätzt mit Fr. 200'000.-- beziffern.

Variante 2: Erneuerung und Erweiterung des Strandbades

Eine Erneuerung und Erweiterung des heutigen Strandbades unter Einbezug der Seebucht auf dem Land der Erben Bodmer bedingt den Verzicht der Gemeinde auf die 2. Etappe des Wegrechts. Die Realisierung dieser Variante bedeutet folgendes:

a) Die Abarzellierung des heutigen Badeareals beidseits des bestehenden Fussweges zum Schiffssteg (5'980 m²) sowie die Übertragung dieses Landes



Schilfparzelle GS Nr. 398

Traktandum 5

von Hoffmann-La Roche an die Gemeinde erfolgt spätestens am 31. Dezember 2003. Die Gemeinde kann jedoch die Eigentumsübertragung früher verlangen. Voraussetzung ist eine Einigung zwischen Gemeinderat und Pächter des Restaurants Wildenmann über die Grundzüge eines gleichzeitig mit der Eigentumsübertragung des Badeareals abzuschliessenden Pachtvertrages bezüglich Bewirtschaftung des Strandbades und der neu zu erstellenden Parkplätze westlich des Restaurants Wildenmann. Die Grundsatzvereinbarung bedarf der Zustimmung von Hoffmann-La Roche.

b) Die obgenannte Grundsatzvereinbarung liegt vor; desgleichen die Zustimmung von Hoffmann-La Roche. Von daher stünde einer baldigen Übernahme des Badeareals durch die Gemeinde nichts im Wege.

c) Die zwischen Gemeinderat und Pächter abgeschlossene Grundsatzvereinbarung datiert vom 15. November 1999; sie kann auf der Präsidialabteilung eingesehen werden. Der wesentliche Inhalt ist der folgende:

- Sanierung bzw. Schaffung der für den Badebetrieb nötigen Infrastruktur durch die Gemeinde auf deren Kosten; diskrete Platzierung und einfache, subtile, landschaftliche Gestaltung der Anlagen auf der heutigen Liegewiese;
- Unentgeltliche Überlassung des Badeareals zur Nutzung durch den Pächter des Restaurants Wildenmann; Bewirtschaftung des Strandbades unter folgenden allgemeinen Vorgaben: Leistungsauftrag; Bewirtschaftung grundsätzlich auf marktwirtschaftlicher Basis mit dem Ziel, dass der Gemeinde keine Betriebskosten entstehen; lediglich Vorgabe der Eintrittspreise für die Rischer Bevölkerung;
- Beginn des Pachtverhältnisses bei Eigentumsübergang des Badeareals an die Gemeinde; Bindung der Gemeinde und des Pächters bzw. seiner Nachfolger bis 31. Dezember 2012;
- Erstellung von mindestens 35 Parkplätzen durch die Gemeinde auf dem Land von Hoffmann-La Roche westlich des Restaurants Wildenmann auf der Grundlage eines Dienstbarkeitsvertrages; Bewirtschaftung der Parkplätze durch den Pächter.

d) Bei Realisierung der Variante 2 infolge Verzichts der Gemeinde auf das Wegrecht 2. Etappe erklärten sich die Erben Bodmer mit folgendem einverstanden:



- Verlegung des bestehenden Weges in westlicher Richtung zwecks Verbreiterung der Liegewiese entlang der Seebucht;
- Verzicht auf das bestehende Badeverbot im Bereiche der Seebucht auf dem südlich der heutigen Liegewiese gelegenen Gebiet; Fortbestand des Bauverbots auf diesem Areal; Gestaltung der neuen Liegewiese mit unauffälliger, dem natürlichen Uferbereich angepasster Zugangsmöglichkeit zum See.

e) Die Situation bei Realisierung dieser Option ergibt sich aus dem Konzept Variante 2 vom 5. April 2000 (Beilage).

f) Zu den Kosten: Im Hinblick auf die Erfüllung des Pachtvertrages als Voraussetzung für den Übergang des Badearcals ins Eigentum der Gemeinde hat diese grundsätzlich die folgenden Investitionen zu tätigen: Verschiebung des Seepromenadenweges, Sanierung beziehungsweise Ersetzung der Umkleidekabinen, Erneuerung der Sanitäreinrichtungen, Kiosk beziehungsweise Cafeteria, Kinderplanschbecken, Erweiterung der Liegewiese mit Seezugang, Bepflanzung, neue Parkplätze. Je nach Gestaltung und Ausbaustandard ist gemäss Grobkostenschätzung mit einem Investitionsaufwand in der Grössenordnung zwischen rund Fr. 600'000.-- bis Fr. 1'200'000.-- zu rechnen.

III. Beurteilung und weiteres Vorgehen

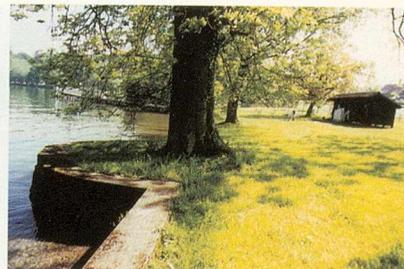
Grundsätzlich stehen zwei Lösungsvarianten zur Diskussion, nämlich

Variante 1:

Realisierung der 2. Etappe des Promenadenweges unter Verzicht auf eine Erweiterung und Neugestaltung des Strandbades.

Variante 2:

Verzicht auf die Realisierung der 2. Etappe des Weges; dafür Erweiterung und Neugestaltung der ins Eigentum der Gemeinde übergehenden Strandbadanlage gemäss Verhandlungsergebnis mit den Erben Bodmer und der Firma Hoffmann-La Roche.



Aus der Sicht des Gemeinderates dürfte die Variante 2 am ehesten im Interesse der Bevölkerung liegen. Diese Variante kommt auch der noch hängigen Motion der CVP aus dem Jahre 1996 betreffend Verbesserung des Badeangebots entgegen. Die Vorteile gegenüber der Variante 1 sind im wesentlichen die folgenden:

- Das heutige Badeareal (5'980 m²) geht bis spätestens 31. Dezember 2003 kostenlos ins Eigentum der Gemeinde über.
- Zirka 2'000 m² Land entlang der Seebucht stehen der Gemeinde zur Erweiterung des Badeareals (Nutzung als Liegewiese mit Seezugang) zur Verfügung.
- Damit liegt - unter Vorbehalt der bestehenden Grundsatzvereinbarung betreffend Pachtvertrag über die Bewirtschaftung des Strandbades - die Entscheidungsbefugnis über die Gestaltung und den Betrieb des Strandbades in der Zuständigkeit der Gemeinde.
- Die sogenannte "Schilfparzelle" GS Nr. 398 mit einer Fläche von 9'719 m² unterhalb der Liegenschaft "Seehof" verbleibt im Eigentum der Gemeinde; sie muss nicht an die Erben Bodmer rückübertragen werden.

Aus diesen Gründen gibt der Gemeinderat der Variante 2 den Vorzug und stellt der Gemeindeversammlung in diesem Sinne Antrag. Bei Annahme dieses Antrags als Grundsatzentscheid wird der Gemeinderat der Gemeindeversammlung eine entsprechende Kreditvorlage unterbreiten.



IV. Abschreibung einer Motion der CVP

Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft ist noch die erwähnte Motion der CVP vom 8. September 1996 betreffend Verbesserung des Badeangebots hängig. Soweit diese das Schwimmbad Rotkreuz und das Seebad Zweiern betrifft, ist sie erledigt. Der Vorstoss wurde aber noch nicht abgeschrieben, sondern bis zur Entscheidung über das vorliegende Geschäft pendent gehalten. Mit dem nun zu treffenden Grundsatzentscheid kann die Motion als erledigt abgeschrieben werden.

Der Gemeinderat stellt der Gemeindeversammlung daher folgende Anträge:

Es sei

1. im Sinne eines Grundsatzentscheids unter Vorbehalt späterer Kreditbewilligung der Variante 2 (Verzicht auf die Realisierung der 2. Etappe des Promenadenweges; Erweiterung und Neugestaltung der Strandbadanlage) zuzustimmen;
2. die Motion der CVP vom 8. September 1996 betreffend Verbesserung des Badeangebots als erledigt abzuschreiben.

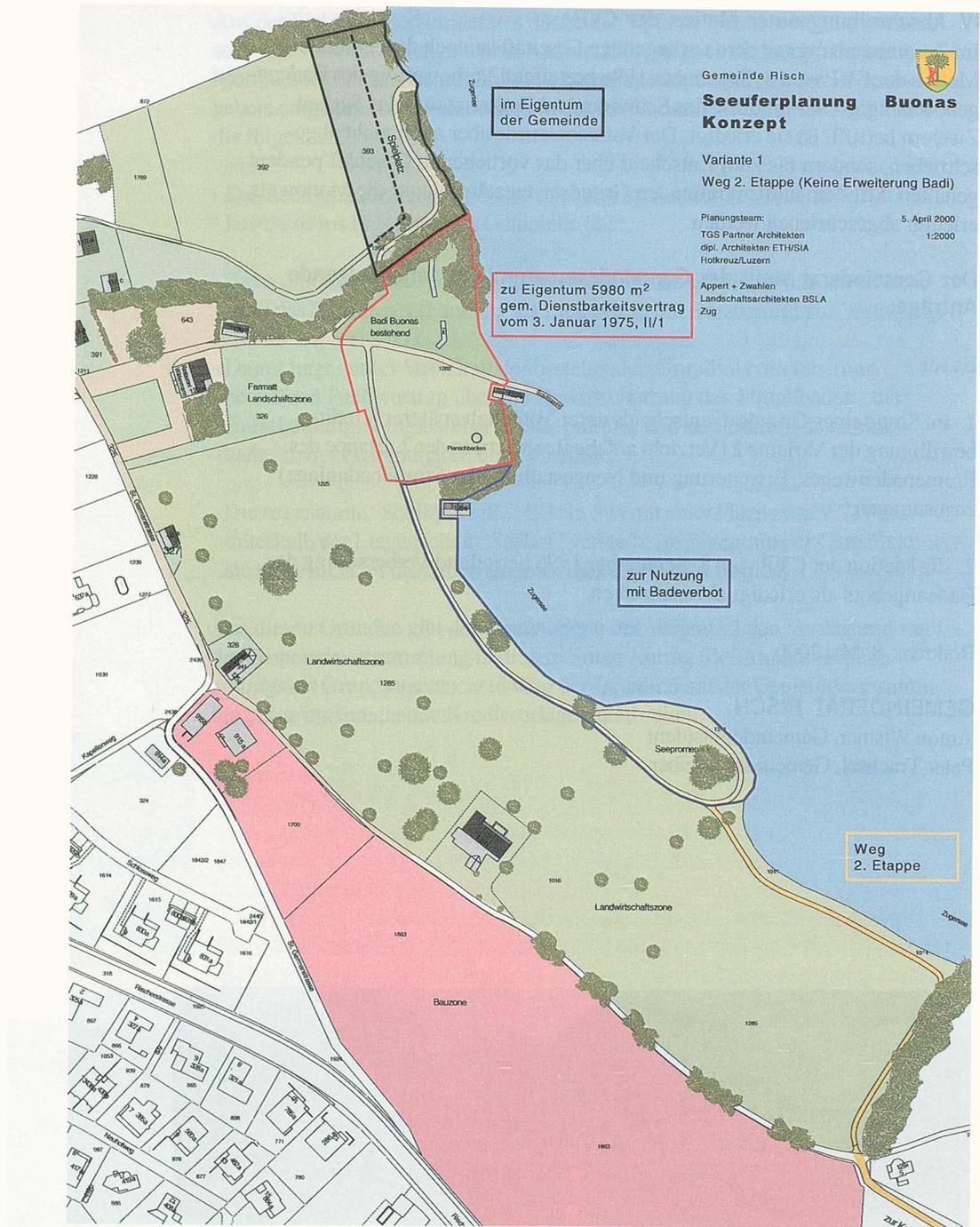
Rotkreuz, 8. Mai 2000

GEMEINDERAT RISCH

Anton Wismer, Gemeindepräsident
Peter Trachsel, Gemeindeschreiber

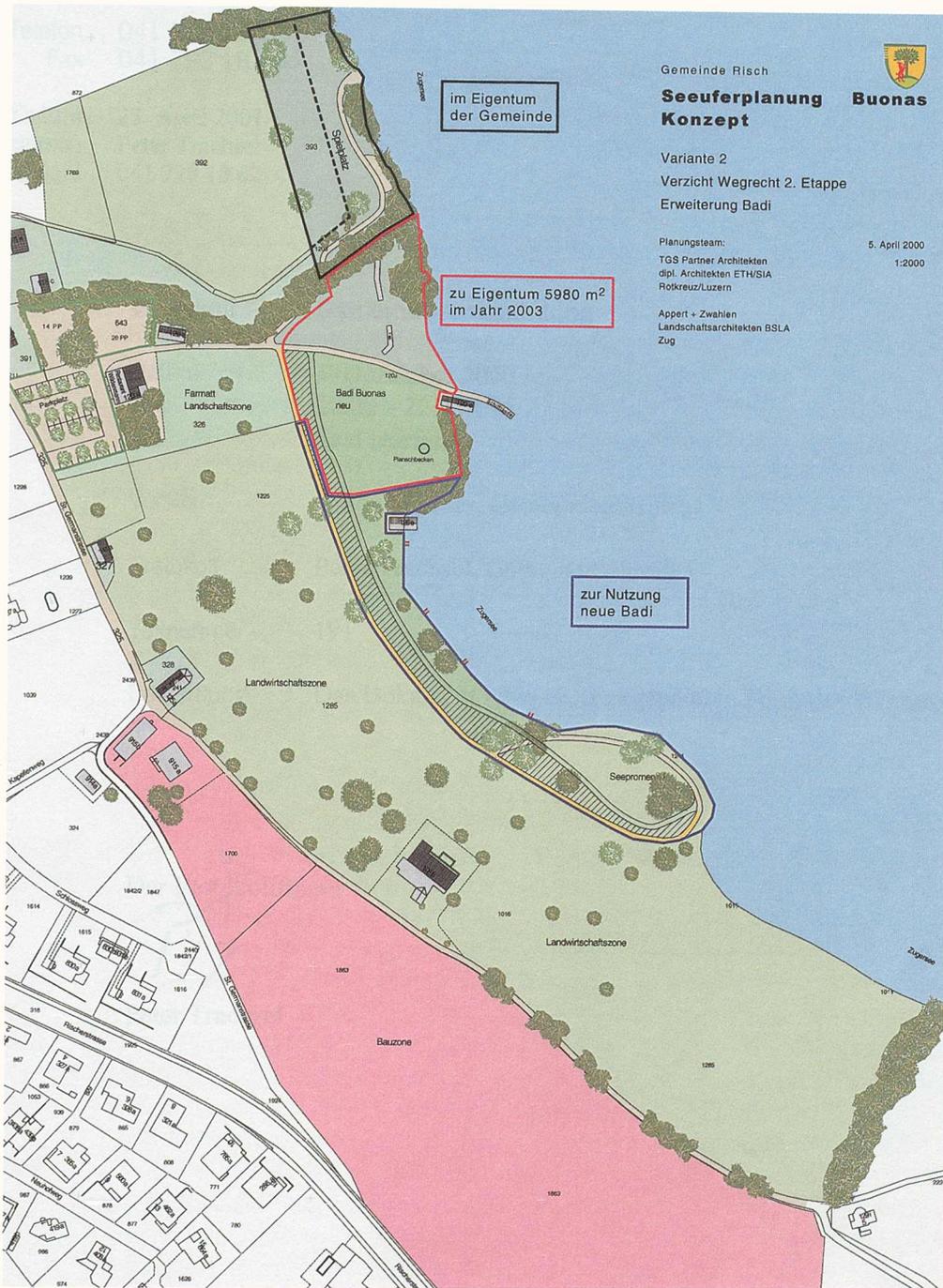


Situationsplan Variante 1



Situationsplan Variante 2

Gemeinde Risch



Gemeinde Risch
**Seeuferplanung Buonas
Konzept**

Variante 2
Verzicht Wegrecht 2. Etappe
Erweiterung Badi

Planungsteam: 5. April 2000
TGS Partner Architekten 1:2000
dipl. Architekten ETH/SIA
Rotkreuz/Luzern
Appert + Zwahlen
Landschaftsarchitekten BSLA
Zug